

BUND-Regionalverband Donau-Iller

BUND-Kreisverband Ulm

BUND-Kreisverband Biberach

BUND-Kreisverband Alb-Donau

Gemeinsame Pressekonferenz

zum Jahreswechsel 2018/2019

Ulm, 28. Dezember 2018 im BUND-Umweltzentrum Ulm

Teilnehmer*innen des BUND:

Ulrich Müller, Regionalvorsitzender RV Donau-Iller

Christian Killius Vorsitzender KV Alb-Donau

Esther Franzen, Vorsitzende KV Biberach

Dr. Martin Denoix, Vorsitzender KV Ulm

Jutta Andreas, stellv. Vorsitzende KV Ulm

Cora Carmesin, Sprecherin BUND – Hochschulgruppe Ulm

Theo Düllmann, divest - ulm

Einleitung

Für den BUND ist im kommenden Jahr ein zentrales Problem der anscheinend weiterhin ungebremste Flächenverbrauch in unserer Region. Ob in der Ulmer Wissenschaftsstadt, dem wirtschaftsstarken Kreis Biberach oder im Alb-Donau-Kreis: Überall gibt es weiterhin Begehrlichkeiten der Kommunen nach weiteren Neubaugebieten für Wohnzwecke, aber auch für zusätzliche Gewerbegebiete und interkommunale Industriegebiete.

Für den Artenschutz ist es nach Auffassung des BUND aber bereits "fünf vor zwölf". Durch den massiven Rückgang der Insekten in den vergangenen 25 Jahren sind auch die Vogelwelt, Reptilien, Amphibien und viele Kleinsäuger betroffen. Weitere Flächenversiegelung neben einer meist intensiven Landwirtschaft wird das Artensterben in unserer Landschaft weiter vorantreiben.

Regionale Themen

Bündnis für Artenvielfalt fordert einschneidende Maßnahmen

Im Bündnis für Artenvielfalt engagieren sich deshalb viele Naturschutzverbände aus der Region Ulm/Donau-Iller: Neben dem BUND sind u.a. auch NABU, Schwäbischer Albverein, Naturfreunde, Imkerbund und das regionale Bündnis für eine agrotechnikfreie Region vertreten.

"Der Rückgang der Vögel und Insekten um bis zu 80 % innerhalb von zwei bis drei Jahrzehnten ist dramatisch und erfordert dringend Gegenmaßnahmen. Wir können uns dabei aber nicht auf Insekten und Vögel beschränken, weil das ganze Ökosystem zusammen hängt", so der BUND-Regionalvorsitzende Ulrich Müller. Es reiche nicht aus, nach Brüssel oder Berlin zu starren und zu hoffen, dass dort die richtigen Beschlüsse gefasst werden. Die EU-Entscheidung, das Pestizid Glyphosat für weitere fünf Jahre zuzulassen, zeigt, dass die hohe Politik das Insektensterben nicht im Blick hat.

Die Ursachen des Artensterbens sind vielfältig und noch nicht in allen Details erforscht. Ein Hauptgrund ist sicherlich die oftmals ausgeräumte Landschaft verbunden mit der "schwäbischen Mentalität, gründlich zu wirtschaften und bis zum Feldrand zu spritzen oder zu düngen", so Ulrich Müller. Nicht einmal am Feldrain können Wildkräuter blühen und den Insekten als Nahrung dienen. Umso wichtiger ist es, dass gezielt Ackerrandstreifen mit Blümmischungen oder andere Blühbrachen in der Ackerflur angelegt werden. Hierfür und für weitere agrarökologische Maßnahmen gibt es staatliche Förderprogramme, die von den Landwirten leider nur unzureichend ausgeschöpft werden.

Wenn intensiv güllegedüngte Wiesen vier- bis fünfmal im Jahr für Silage geschnitten werden, kann außer Löwenzahn keine Pflanze mehr zur Blüte und Aussamung gelangen. Extensivierungsprogramme und Abkehr von der Güllewirtschaft scheinen aber für viele Landwirte nicht attraktiv zu sein. Selbst bei blütenreichen Extensivwiesen kann es für die Tierwelt zum Problem werden, wenn alle Flächen zur Heugewinnung binnen weniger Tage gemäht werden. Eine um 4-6 Wochen

zeitversetzte Streifenmahd (zumindest auf Biotopflächen) könnte hier Abhilfe schaffen.

Auch in unserer Region müssen dringend konkrete Maßnahmen für mehr Artenvielfalt angestoßen werden. Die Naturschutzverbände haben vor allem im Blick, dass alle öffentlichen Flächen umweltverträglich bewirtschaftet werden. Mulchgeräte sind "Kleintier-Schredder" und für Amphibien, Eidechsen und Insekten meist tödlich, so Ulrich Müller vom BUND. Sie müssen auch von kommunalen Flächen verbannt werden.

Auch bei Privatgärten ist wieder mehr Sensibilität für Umweltaspekte anzustreben. Verschotterte Gartenflächen sind genauso abzulehnen wie Steinkörbe anstatt Strauchhecken zur Abgrenzung oder die dauermähenden Rasenroboter, wo nicht mal ein Gänseblümchen aufkommt. Dagegen gehören einheimische Sträucher, über einen möglichst langen Zeitraum blühende Stauden oder Blumenrasen sowie eine "Wilde Ecke" mit Unterschlupf zum ökologischen Muss!

Anlass zur Hoffnung gibt das vor wenigen Jahren in Baden-Württemberg geänderte Wasserecht: Am 1.1.2019 tritt die Regelung in Kraft, dass landwirtschaftliche Äcker auf 5m Breite entlang von Gewässern als Grünland eingesät sein müssen. Dort gilt ein absolutes Dünge- und Pestizidverbot. Dies bietet die Chance, dass bei entsprechender Einsaat dort artenreiche, insektenfreundliche Wiesenstreifen neu entstehen. Ulrich Müller regt an, dass Kommunen möglichst viele solche Gewässerschutzstreifen von Landwirten erwerben, um sie dann vorbildlich anlegen und pflegen zu können.

Die Naturschutzverbände im "Aktionsbündnis für Artenvielfalt" haben einen gemeinsamen Aktionsplan gegen das Insektensterben und den Rückgang der Vögel in Ulm und in den Kreisen Biberach und Alb-Donau aufgestellt. Sie wollen nicht weiter zusehen, wie die biologische Vielfalt auch in unserer Region gefährdet ist! Der Aktionsplan mit vielen guten Anregungen wird demnächst veröffentlicht.

Flächenverbrauch

Interkommunales Gewerbegebiet zwischen Merklingen und Nellingen

Das geplante Interkommunale Gewerbegebiet westlich der Landesstraße 1230 von Merklingen nach Nellingen sprengt mit 50 ha Fläche alle Dimensionen. Und bei dieser Zahl ist vielleicht noch nicht einmal Schluss, denn das Gelände nördlich der A8-Anschlussstelle erhielt auch deshalb den Zuschlag, weil es noch erweiterbar ist. Dies war die Absicht des zuständigen Regionalverbandes Donau-Iller, dessen Planungsausschuss dem „Interkommunalem Industrie- und Gewerbepark“, 70 ha einräumen wollte. Auch wenn der Laichinger Bürgermeister und Vorsitzende des Bahnverkehrsverbandes RSA (Verband Region Schwäbische Alb), Klaus Kaufmann, auf der letzten Verbandsversammlung vor zwei Wochen versicherte, 50 ha seien die maximale Größe, bleiben Zweifel angebracht. Womöglich sind dies lediglich Beschwichtigungsformeln an die Adresse der Gegner des interkommunalen Gewerbegebiets aus Merklingen und Nellingen. Der BUND kritisiert auch, dass das neue interkommunale Gewerbegebiet die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten durch die einzelnen Verbandsgemeinden nicht ausschließt, denn diese können den ansässigen Unternehmen weitere Flächen zur Verfügung stellen, während im neuen

interkommunalen Gewerbegebiet großflächige Ansiedlungen ab 1 ha entstehen sollen. Es darf gefragt werden, wo all die Arbeitskräfte dafür herkommen sollen, denn viele Firmen auf der Laichinger Alb finden bereits jetzt keine neuen Mitarbeiter. Maßlos übertrieben erscheinen da die 4000 Arbeitsplätze, die durch das neue Interkommunale Gewerbegebiet entstehen sollen, wenn man an die schlechten Erfahrungen mit dem bereits bestehenden denkt, wo viel Fläche verbraucht, aber wenige Arbeitsplätze geschaffen wurden. Fragwürdig sind außerdem die ineffiziente Nutzung bisheriger Gewerbeflächen durch eingeschossige Gebäude sowie der bisher praktizierte verschwenderische Umgang mit Parkraum durch größere Firmen, statt Parkhäuser zu bauen.

Was das Verkehrsaufkommen betrifft, wird mit jeder Gewerbeansiedlung eine Zunahme zu erwarten sein, im Fall des Interkommunalen Gewerbegebiets sogar eine erhebliche.

Christian Killius, der Vorsitzende des BUND-Kreisverbandes Alb-Donau, kritisiert die überall anzutreffende Einstellung des „Wachstums um jeden Preis“. „Wie will die Politik jemals im Kampf gegen Klimawandel, Flächenversiegelung und Verkehrsinfarkt erfolgreich sein, wenn auf kommunaler und regionaler Ebene nichts zu deren Vermeidung unternommen wird?“

Interkommunales Gewerbegebiet im Risstal bei Biberach (IGI Risstal)

Das Regierungspräsidium Tübingen hat das Zielabweichungsverfahren gegen den Widerstand der Naturschutzverbände 2018 abgeschlossen.

Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass ein größerer Interessent seine zunächst in diesem Gebiet geplante Betriebsstätte an anderer Stelle verwirklichen wird.

Dadurch ist der weitere Bedarf an Industrieflächen derzeit noch fraglich. Ungeachtet dessen betreibt der Zweckverband das Planfeststellungsverfahren weiter.

Immerhin haben die ablehnenden Stellungnahmen des privaten und teilweise auch des behördlichen Naturschutzes dazu beigetragen, dass im Genehmigungsbeschluss zum Zielabweichungsverfahren dem örtlichen Zweckverband für die Verwirklichung des geplanten Industriegebietes hohe Auflagen zum Erhalt ökologischer Funktionen gemacht wurden (Bahnanschluss, Wasserhaushalt, Retentionsflächen, ökologisch hochwertige Grünzüge).

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Biberach wird zusammen mit den anderen Naturschutzverbänden die zu erwartenden Detailplanungen sehr kritisch prüfen.

Flächenverbrauch zerstört

„Citywarming“

Ulm ist ein sehr begehrter Wohnort. Immer mehr Grünflächen werden bebaut. Immer mehr versiegelte Flächen entstehen. Nicht nur der Erholungsraum für die Stadtbevölkerung nimmt ab, die versiegelten Flächen werden an heißen Sommertagen förmlich zu Hitzespeichern.

Kaltluftbahnen in Ulm

Die Stadtklimaanalyse von 2018 zeigt, dass die Kohlplatte im Ulmer Westen ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet ist. Das Gebiet hat sehr hohe und hohe

bioklimatische Bedeutung¹. Diese Kaltluftbahnen sind Voraussetzung, dass die Luftqualität und damit die Lebensqualität in der Innenstadt menschenfreundlich bleibt.

Der BUND empfiehlt nochmals zu prüfen, ob auf die Bebauung der Kohlplatte verzichtet werden kann.

Flächenverbrauch reduzieren heißt Ressourcen erhalten und schaffen

- Mehrfamilienhäuser und Mehrfamilienprojekte anstatt Einfamilienhäuser fördern
- Flächenverbrauch für Parkplätze durch gestapeltes Parken verringern
- Berücksichtigung des demographischen Faktors: attraktive Wohnungen für Senioren anbieten, dadurch werden Einfamilienhäuser für Familien frei
- Gewerbeflächen: mehrstöckiges Bauen, Parken auch hier gestapelt
- Nachträgliche Dachbegrünung z.B. auf Garagendächer
- Dach- und Fassadenbegrünungen in Sanierungs- und Neubaugebieten, sowie in Industriegebieten

In STADT MARKETING AUSTRIA wird Jahn Gel, der als einflussreichster Stadtplaner der Welt gilt, zitiert:

Heute konkurrieren Städte vor allem über den Faktor Lebensqualität. Eine lebenswerte Stadt lässt sich mit weniger Straßen und Parkplätzen und mehr Platz für Fußgänger, Cafés, Radfahrer und öffentliche Plätze erzielen.

Das heißt: so wenig Flächen wie möglich unter Schonung der Kaltluftstehungsgebiete verbauen. Wohnraum schaffen durch Verdichten in die Höhe.

Die Kohlplatte, Örlinger Tal, Lehrer Tal, Blautal, die Gebiete um den Roten Bach müssen erhalten werden.

¹ Stadtklimaanalyse 2018 GEO-NET Umweltconsulting, Hannover

Seit Oktober 2018 ist der aktuelle Masterplan der Wissenschaftsstadt Ulm online verfügbar (<http://buergerinfo.ulm.de/vo0050.php?kvonr=5706>)

Demnach sollen viele Neubauten entstehen, wofür laut Plan auch Wälder gerodet werden und Naturflächen weichen müssen. Unter anderem ist davon der alte Wald oberhalb des Botanischen Gartens betroffen, über den erst kürzlich in den Medien berichtet wurde.

Eine von der BUND-Hochschulgruppe geplante Podiumsdiskussion im Januar soll die Studierenden und Mitarbeiter der Universität Ulm über den Masterplan und seine Auswirkungen auf das Erscheinungsbild des Eselsberges und die damit zusammenhängenden Konsequenzen informieren. Anschließend sollen zusammen mit wichtigen Vertretern der unterschiedlichen Positionen die Pro- u. Kontra-Punkte der Rodungen erörtert werden. Der Schwerpunkt der Diskussion soll dabei auf der ökologischen Nachhaltigkeit liegen.

Aus unserer Sicht ist der Wald wichtig als

- Frischluftkorridor für das gesamte Stadtgebiet Ulm/Neu-Ulm
- für das lokale Klima
- als Lebensraum für viele verschiedene Organismen
- als Erholungsraum/Inspirationsquelle für alle Studenten und Mitarbeiter der Universität

Feinstaubbelastung durch Holzöfen

In der Öffentlichkeit bisher weniger diskutiert wird die Problematik der Verbrennung von Holz. Heizen mit Holz sei umweltfreundlich, weil es nur den Kohlenstoff freisetze, der zuvor beim Holzwachstum entstanden sei. Das bei der Verbrennung von Holz freigesetzte CO₂ werde im Rahmen einer nachhaltigen Waldwirtschaft wieder absorbiert. Würde das Holz verrotten wie in natürlich belassenen Wäldern, würde genauso viel CO₂ ausgestoßen. Die Wahrheit ist komplizierter. Private Holzheizungen tragen zu einem erheblichen Maße zur Luftverschmutzung bei. Während die Belastung durch Pelletöfen nicht gravierend erscheint, stoßen Stückholzheizungen zum Teil große Mengen an giftigen Gasen, Ruß und besonders auch Feinstaub aus. Eine unrühmliche Rolle spielen hierbei die sogenannten Komfortkamine, deren auffällig hohe Zahl vor allem in Neubaugebieten umgekehrt proportional zum tatsächlichen Wärmebedarf in immer besser gedämmten Häusern erscheint.

Galten hohe Feinstaubkonzentrationen in der Luft früher als typische Probleme großer Verkehrsachsen in Großstädten, führt der Trend zu Holzheizungen auch auf dem Land und in städtischen Wohngebieten mit wenig Durchgangsverkehr zu Problemen, wenn dort – vor allem am Abend und am Wochenende - viele Holzöfen und Kamine gleichzeitig betrieben werden und Inversionswetterlagen auftreten. Laut Umweltbundesamt übersteigen die Feinstaub-Emissionen der Klasse PM10 (Teilchen, die weniger als 10 Mikrometer groß sind) aus kleinen Holzfeuerungsanlagen in Deutschland mit fast 20.000 Tonnen mittlerweile die aus den Motoren von Lkw und Pkw.

Obwohl Holz im Südwesten nur ca. 10 Prozent der Brennstoffe ausmacht, führt die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) manche Schadstoffe fast ausschließlich auf Holzheizungen zurück. So ist die Holzverbrennung für 96 Prozent aller Stäube verantwortlich. Auch die Emissionen von Fluor- und Chlorwasserstoffen, Benzol, Cadmium, Blei, Chrom, Kupfer sowie Dioxine und Furane stammen zu einem großen Teil aus der Holzverbrennung.

Eine hohe Feinstaubbelastung ist nachweislich für eine Vielzahl von Erkrankungen verantwortlich, laut Umweltbundesamt werden sogar Demenz und Morbus Parkinson als mögliche Folgen diskutiert. Zwar hat der Gesetzgeber die Grenzwerte im Rahmen der Bundesimmissionsschutzverordnung mittlerweile verschärft, doch gibt es zum Teil lange Übergangsfristen bis zur tatsächlichen Stilllegung veralteter Anlagen bzw. Nachrüstung mit Filtern.

Der Anspruch auf saubere Luft muss mehr zählen als die Behaglichkeit eines knisternden Kaminfeuers. Wenn die Feinstaubbelastung in Wohngebieten zu hoch ist, sollten geplagte Anwohner von „Stinkern“ Bezirksschornsteinfegermeister und Ordnungsamt zu Rate ziehen, wenn ein Gespräch mit den Betreibern keine Abhilfe verschafft. Auch wäre zu wünschen, dass die Kommunen in den Landkreisen bzw. die Landratsämter in besonders belasteten Wohngebieten mit einer hohen Bestandsdichte von Holzheizungen bzw. Komfortkaminen realistische Feinstaubmessungen - also vor allem abends/nachts und an Wochenenden – durchführen lassen, um darüber Auskunft zu geben, wo Grenzwerte überschritten werden.

Statt, weil es angeblich umweltfreundlich ist, große Mengen an Holz zu verbrennen, und die eigene Bude auf kuschelige Temperaturen hochzuheizen, sollte Energiesparen vorrangiges Ziel sein. In Zeiten von Rekord-Konzentrationen von CO₂ in der Atmosphäre ist die Verbrennung von Holz und damit die Freisetzung des zuvor gebundenen Kohlenstoffs kein Extra-Beitrag zum Klimaschutz. Besser wäre die Nutzung von Holz erst als Bau- bzw. Dämmstoff oder Möbel, bevor es nach langem Gebrauch irgendwann als Brennstoff eingesetzt wird.

Ulmer Themen

Mikroplastik: sogar in der Donau

Dass riesige Mengen Plastik und Mikroplastik in den Ozeanen treiben, ist hinlänglich bekannt. Auch die Donau ist mit Plastik verschmutzt.¹ Nur wenige Kläranlagen verfügen, wie die Ulmer Anlage, über eine vierte Reinigungsstufe.

Mikropartikel, enthalten in Kosmetika, beim Waschen freiwerdende synthetische Fasern aus Kleidung und weggeworfene Gegenstände aus Plastik (Tüten, Flaschen, „To go“-Becher, etc.) landen in unseren Flüssen.

Der BUND und weitere Umweltverbände fordern als Konsequenz den Eintrag von Mikroplastik schon bei der Herstellung von Kosmetika zu vermeiden. Mikroplastik aus Zahncremes, Duschgels, Peelings, Stylingprodukten etc. können über das Abwasser in Flüsse, von dort weiter ins Meer und in Fische gelangen. Über die Fische nehmen wir als Verbraucher*innen die Mikroplastikteilchen wieder auf.

Die Auswirkungen von Mikroplastik auf den Menschen sind noch nicht ausreichend erforscht. Der Plastikgrundstoff Bisphenol A und die in Plastik enthaltenen Phtalate wirken bei Tieren wie Östrogene (weibl. Sexualhormone) und damit direkt auf den Hormonhaushalt ein.

Der BUND appelliert an die Verbraucherinnen und Verbraucher Plastik in jeder Form zu reduzieren und zu vermeiden. Im Einzelnen:

- Vermeiden Sie Plastik (-müll), auch Recycling hat eine schlechte Ökobilanz
- Kaufen Sie Kosmetika ohne Mikroplastik (Mikrobeads), gehen Sie sicher mit zertifizierter Naturkosmetik
- Verwenden Sie Stofftaschen bei Ihren Einkäufen
- Trinken Sie Leitungswasser, PET- und Glasflaschen belasten auch bei Mehrwegsystemen durch die Reinigung die Umwelt
- Tragen Sie Kleidung aus Naturfasern
- Verwenden Sie Spül-, Reinigungs- und Waschmittel ohne Mikroplastikzusätze
- Kaufen Sie Unverpacktes. Bio-Kunststoff ist keine Alternative, er hat eine lange Verrottungszeit und muss in den Kompostieranlagen aussortiert werden;
Papiertüten verbrauchen den Rohstoff Holz
- Nehmen Sie Rucksack, Tasche, Korb, so benötigen Sie keine Kunststofftaschen und -tüten
- Nehmen Sie eigene Becher mit, verzichten Sie auf „To go“-Einmalbecher
- Entsorgen Sie Plastikverpackungen, wenn diese unvermeidbar sind, korrekt. Weggeworfenes Plastik zersetzt sich und wird in den Boden geschwemmt. Aber auch Regenwürmer ziehen die Plastikteile in die Erde.

Der BUND fordert:

Lokale Händler sollten auf Plastikverpackungen verzichten

- Verzicht der Systemgastronomie auf Plastikgeschirr
- EU: Schnellste europaweite Umsetzung aller bereits gefassten Beschlüsse zur Vermeidung von Plastikprodukten um Plastikmüll, seine Entsorgung und Verwertung zu reduzieren
- Politik: Recyclingketten intensiv überwachen

¹ Dr. M. Löscher, Uni Bayreuth

Divest - Ulm: Geld verantwortungsvoll anlegen

Seit Jahren machen zivilgesellschaftliche Gruppen die Öffentlichkeit auf die Tatsache aufmerksam, dass deutsche Kreditinstitute mit großen Milliardenbeträgen in die Produktion von Kohle, Kriegswaffen oder andere lebensfeindliche Produkte investieren. Im Jahr 2017 haben sich engagierte Menschen unter dem Dach des BUND in der Gruppe *divest ulm* zusammengefunden. Sie sind Teil einer Bewegung, die es sich weltweit zum Ziel gemacht hat, Institutionen und Privatpersonen dazu zu bewegen, angelegtes Geld aus zweifelhaften Firmen und Anlageformen abzuziehen; - und dafür in solche zu transferieren, die nach ökologisch, sozial und gesellschaftlich nachhaltigen Kriterien wirtschaften. „Unser Vorbild,“ so der Divest-Ulm-Vertreter Theo Düllmann, „ist der erfolgreiche Aufruf der Anti-Apartheid-Bewegung vor über 30 Jahren, dem Unrechtsregime in Südafrika bisherige Geldanlagen zu entziehen, also zu deinvestieren. Daher auch der Name „Divest“. Im aktuellen Fokus, so Düllmann weiter, steht für die Ulmer Divest-Gruppe die Kampagne „*fossil free*“ gegen den Klimawandel.

Die Ulmer Gruppe beteiligt sich mit öffentlichen Veranstaltungen und Info-Ständen an dieser und ähnlichen Kampagnen. „Das allgemeine Interesse sowohl von Körperschaften, Institutionen als auch Privatpersonen ist derzeit sehr groß“, so Düllmann weiter. Und: Aktuell ist *divest ulm* auch in Kontakt mit lokalen und regionalen Banken sowie politischen Entscheidungsträgern.

Für Düllmann ist wichtig, dass *divest ulm* selbstverständlich keine „Anlageberatung“ betreibt, sondern über kritische und zweifelhafte Investments informiert und Optionen aufzeigt, wie und wo man sich zu einem Umstieg orientieren kann. Wichtig ist für Düllmann die von Finanz-Analysten gewonnene (und publizierte) Erkenntnis, dass nachhaltige Finanzanlagen für Anleger wirtschaftlich nicht weniger attraktiv sind. Das hat auch seine Logik. Welche Perspektive hat derzeit auch „Geld in der Kohleindustrie“?

Kommunalwahl

Lokal sehr bedeutende Ansprechpartner sind neben den Entscheidungsträgern der Stadt Ulm auch die Gemeinderäte bzw. die Fraktionen der jeweiligen Parteien als demokratisch legitimierte Vertreter der Bürgerschaft.

Am 26. Mai 2019 finden die Kommunalwahlen statt. Der BUND-Kreisverband Ulm wird im Vorfeld bei allen Kandidaten ihre Meinungen zu den relevanten Umweltthemen abfragen und die Bürger darüber informieren.

Dazu Dr. Martin Denoix, Kreisvorsitzender des BUND: „**Flächenverbrauch, nachhaltige Bauplanung, Mobilität, Klimaschutz- und Energiewendeprogramm, biologische Vielfalt, pestizidfreie Kommune, öffentliche Beschaffung**: Das sind die Kernthemen, die aus Sicht des BUND die Gemeindepolitik mitbestimmen sollten.“ Wir sehen darin Chancen für eine Generationengerechtigkeit, die Themen setzen auch positive Signale im sozialen, interkulturellen und finanzpolitischen Bereich. Zu oft und zu schnell werden diese Themen kurzzeitig auftauchenden Problemen geopfert, so z.B. die Anwendung von § 13b BauGB, der die Aufstellung von beschleunigten Bebauungsplänen ohne Umweltprüfung und ohne Ausgleichsmaßnahmen im Außenbereich ermöglicht.

Urbane Mobilität

„Der motorisierte Individualverkehr (MIV) steht noch zu sehr im Vordergrund kommunaler Entscheidungen“, meint der BUND-Kreisvorsitzende. Längst gibt es zukunftsweisende Konzepte. Nur sehr zögerlich lassen sich Gemeinderäte davon überzeugen.

Auch die eben in Betrieb gegangene Straßenbahnlinie 2 ist nur ein Baustein. Beispiel: die unendliche Diskussion über die zwei- oder dreispurige Verkehrsführung des MIV auf dem künftigen Bahnhofsvorplatz. Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV waren die fast Vergessenen.

In den nächsten Wochen werden provisorische Straßenbahngleise direkt vor dem Hauptbahnhof in Betrieb gehen. Dann kann der ÖPNV vor dem Bahnhof gut erreicht werden. Leider werden diese nach Fertigstellung des Passagenrohbaus wieder zurückgebaut.

Nachhaltigere Mobilität bedeutet für uns in Ulm:

- Stadt der kurzen Wege
- Fußgänger und Fahrradfahrer erfahren Aufmerksamkeit
- ÖPNV zunehmend emissionsfrei
- Innerstädtischer Lieferverkehr („letzte Meile“) ebenso emissionsfrei
- Nachhaltiges Logistikkonzept zur Vermeidung von unnötigem Verkehr

Weitere Ulmer Themen als Schlagworte:

Landesgartenschau 2030

EBU-Umfrage

Bäume

Ausgleichsmaßnahmen

Stadtentwicklung

Innenstadtdialog

Termine im 1. Halbjahr 2019:

27. März: Kreismitgliederversammlung BUND-Ulm (Humboldt Gymnasium)

5. April: Vortrag Haefeker (Europ. Berufsimkerverband): Bündnis Artenvielfalt (Stadthaus Ulm)